Bedarfsträgergruppe an Kontingenträger

20[^] des 2. Monats,

Kontingenträger an Ministerium für Handel und
Versorgung der Deutschen Demokratischen Re-
publik ..... 25. des 2. Monats

des dem Planungszeitraum vorausgehenden Quar-
tals.

(3) Alle Bedarfsträger sind verpflichtet, dem für den Sitz des Betriebes zuständigen Stadt- bzw. Kreisrat für Handel und Versorgung zum Zwecke der Bilanzierung eine Abschrift der gemäß Abs. 1 aufzustellenden Warengesamtübersicht zu übermitteln.

(4) Der Stadt- bzw. Kreisrat für Handel und Versorgung hat die gemäß Abs. 3 bei ihm eingehenden Abschriften der Warengesamtübersichten einschl. der von ihm selbst aufzustellenden Warengesamtübersicht für den Bedarfsträger „Privater Einzelhandel“ zu einer Kreisübersicht zusammenzufassen und bis zum Ende des dem Planungszeitraum vorausgehenden 2. Monats an das zuständige Ministerium für Handel und Versorgung des Landes weiterzuleiten.

(5) Das Ministerium für Handel und Versorgung des Landes hat entsprechend Abs. 4 zu verfahren, um die Landesübersicht aufzustellen. Einreichungstermin dieser Gesamtübersichten für das Land beim Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik ist der 5. des dem Planungszeitraum vorausgehenden Monats.

§ 8

Das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt die lt. § 7 aufgestellten Warengesamtübersichten mit den Kontrollziffern (§ 4 Abs. 1) ab und legt danach die endgültige Warenbilanz und den Verteilerplan fest.

§ 9

(1) Auf Grund des Verteilerplanes erhalten die Kontingenträger bis zum 15. des dem Planungszeitraum vorausgehenden Monats einen „Zuteilungsplan“.

(2) Die Kontingenträger haben auf Grund des „Zuteilungsplanes“ den Bedarfsträgergruppen bis zum 20. des dem Planungszeitraum vorausgehenden Monats „Zuteilungsbescheide“ zu übersenden.

(3) Die Bedarfsträgergruppen haben auf Grund der „Zuteilungsbescheide“ den Bedarfsträgern bis zum 25. des dem Planungszeitraum vorausgehenden Monats „Warenzuweisungen“ zu übersenden.

§ 10

Die in den §§ 3 bis 9 genannten Termine legen den Zeitpunkt des Eingangs bei der jeweils empfangenden Stelle fest.

Berlin, den 28. Juni 1951

Ministerium für Handel und Versorgung

I. V. : Baender
Staatssekretär

Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter.

Vom 28. Juni 1951

Gemäß § 6 der Verordnung vom 28. Juni 1951 über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter (GBl. S. 647) wird im Einvernehmen mit den Staatssekretariaten für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie für Nahrungs- und Genußmittelindustrie für das III. Quartal 1951 folgende Übergangsregelung festgelegt:

§ 1

(1) Das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik gibt auf Grund des auf gestellten Verteilerplanes den Kontingenträgern 1100 bis 2000 und 4000 bis 5900 ihre Kontingente bekannt. Den Kontingenträgern 6000 bis 7000 ist ein vollständiger Verteilerplan auszuhandigen.

(2) Die Ministerien für Handel und Versorgung der Länder haben die vom Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik herausgegebenen Verteilerpläne für Nahrungsgüter in Kreisverteilerpläne aufzuschlüsseln. Sie haben den Kontingenträgern 9100 bis 9500 unverzüglich ihre Kontingente bekanntzugeben.

(3) Die Aufteilung des Gesamtkontingents der Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf die Kontingenträger 3210 bis 3260 und 6000 nimmt das Staatssekretariat für Nahrungs- und Genußmittelindustrie über die Landesregierungen (Ministerien für Handel und Versorgung) unter Berücksichtigung der Neuordnung der volkseigenen Wirtschaft vor.

(4) Die gemäß Abs. 1 bis 3 benachrichtigten Kontingenträger haben unverzüglich ihre den Bedarfsträgergruppen und Bedarfsträgern die auf diese entfallenden Kontingente schriftlich mitzuteilen.

(5) Die Stadt- bzw. Kreisräte für Handel und Versorgung haben auf Grund der Kreisverteilerpläne gemäß § 3 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. Juni 1951 zur Verordnung über die Einführung des Vertragssystems für Nahrungsgüter (GBl. S. 669) Großhändler mit der Realisierung des auf den privaten Einzelhandel entfallenden Kontingents zu beauftragen und den Großverbrauchern ihre Kontingente bekanntzugeben.

§ 2

Bedarfsträger bzw., sofern zur Einhaltung des Termins erforderlich, Bedarfsträgergruppen sind verpflichtet, bis zum 15. Juli 1951 über ihre Kontingente unter Einhaltung der in den Verteilerplänen vorgesehenen Bezugsquellen Verträge abzuschließen (Mindestinhalt gemäß § 1 Abs. 1 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. Juni 1951).